

wohl beim Vollzug der Sicherungsverwahrung als auch beim Jugendstrafvollzugsgesetz.

Daher freue ich mich auch in diesem Punkt auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs 16/5413** an den **Rechtsausschuss** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

5 Zukunft des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen – Chancen erkennen, Herausforderungen meistern

Große Anfrage 5
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2648

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/4184

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5532

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Höne das Wort. Bitte sehr.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die Aussprache zur Großen Anfrage auch im Namen meiner Fraktion mit einem Dank an alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien beginnen. Herzlichen Dank für die umfangreiche Beantwortung unserer Fragen. Wir wissen, dass es ein großes Stück Arbeit war, und wir wissen diesen Einsatz zu schätzen. Herr Minister Rimmel, es wäre schön, wenn Sie diesen Dank weitergeben könnten.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Mit über 300 Detailfragen haben wir in der Großen Anfrage nachgehakt und nachgeforscht, wie es um den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen steht.

Die Antwort zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie bitter notwendig diese Anfrage war. Denn außer warmer Worte und einem extra eingesetzten Staatssekretär hat diese rot-grüne Landesregierung für den ländlichen Raum herzlich wenig übrig. Es gibt keine durchdachte ressortübergreifende Strategie für den ländlichen Raum. Eine solche Strategie, ein solcher Aktionsplan, wie wir ihn in unserem Entschließungsantrag fordern, ist längst überfällig und muss auf den Tisch, wenn die Menschen im ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen die aktuellen Herausforderungen meistern und die sich bietenden Chancen ergreifen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus der Großen Anfrage gäbe es viele Defizite und Unterlassungen der rot-grünen Landesregierung aufzugreifen. In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich mich aber auf zwei elementare Schwerpunkte konzentrieren, die für die Zukunft des ländlichen Raums von herausragender Bedeutung sind.

Erstens: Kommunalfinanzen. Die Kommunen im ländlichen Raum werden beim rot-grünen Gemeindefinanzausgleich – man kann es nicht anders sagen – über den Tisch gezogen.

Die Landesregierung hält an einem antiquierten preußischen Weltbild bei der Finanzausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen fest. Nach Berechnungen des Städte- und Gemeindebundes erhalten Kommunen in kreisangehörigen Städten Schlüsselzuweisungen von durchschnittlich 355 € pro Einwohner. Bei kreisfreien Städten, also Metropolen und Großstädten, liegt diese Kennziffer bei 592 €, also fast 600 €. Das ist ein Faktor von ca. 1,7.

Die Begründung für diese Ungleichbehandlung stammt unserer Meinung nach aus der preußischen Zeit. Da ging man wohl davon aus, dass Stadtbewohner es gewohnt seien, auf befestigten, auf entwässerten Straßen zu wandeln, Menschen auf dem Land eben nicht. Das mag früher vielleicht mal zutreffen haben. In das Jahr 2014 passt das sicherlich nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Ungleichbehandlung, insbesondere in diesen Relationen – ich erinnere noch einmal an den Faktor 1,7 –, muss dringend beendet werden.

Selbst die Begründung, dass Städte zum Beispiel ein größeres Kulturangebot vorhalten, das auch von den Bürgern aus dem Umland genutzt wird, ist unserer Meinung nach nicht redlich und greift zu kurz. Denn wenn die Bürger in die Städte fahren, dann verbinden sie die Kulturbesuche oftmals mit Einkäufen. Davon profitieren die Großstädte über die Um-

satz-, über die Gewerbesteuer dann auch noch doppelt.

Die sogenannte Einwohnerveredelung, die zu diesem Ungleichgewicht führt, gehört darum unserer Meinung nach schnellstens abgeschafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der zweite Punkt ist die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Die Landesregierung ist in der Pflicht, die Infrastruktur auch im ländlichen Raum für die Bürger, für die Unternehmen in Schuss zu halten und, was mindestens genauso wichtig ist, bedarfsgerecht auszubauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie stützen eine Landesregierung, die seit dem Jahr 2011 insgesamt 74 Straßenbauprojekte im ländlichen Raum – wie es heißt – „ruhend gestellt“ hat. „Ruhend“ hört sich noch relativ niedrig und unscheinbar an. In Wahrheit verhindern Sie damit ganz konkret Fortschritt und Investitionen im ländlichen Raum.

Wie können Sie eigentlich den Bürgern aus Ahlen erklären, dass die erforderliche Ortsumgehung von Ihnen verhindert wird? Wie können Sie den Bürgern aus Nörvenich-Binsfeld erklären, dass Sie die Ortsumgehung dort, obwohl seit langer Zeit geplant, nicht bauen wollen? Was ist eigentlich mit Stadtlohn, mit Höxter, mit Lüdinghausen usw. usf.?

Die Anwohner dieser insgesamt 74 geplanten Straßenbauprojekte warten auf mehr Verkehrssicherheit im Ort, sie warten auf eine Lärmentlastung, sie warten auf eine schnellere Verkehrsanbindung. Sie setzen sich darüber hinweg und ignorieren diese berechtigten Interessen. Sie tun das zugunsten von Prestigeprojekten wie den hier auch schon öfter diskutierten Fahrradautobahnen,

(Beifall von der FDP – Beifall von Walter Kern [CDU])

die insbesondere in den Metropolregionen vorangetrieben werden sollen.

Alleine für die Erhaltung des Status quo unserer Straßen wären, Herr Minister Groschek, jährlich bis zum Jahr 2024 Mittel in Höhe von 156 Millionen € erforderlich. Sie stellen dafür aber nur 90 Millionen € jährlich zur Verfügung. Das ist ein relativ großes Delta, das an dieser Stelle bleibt. So kann das nicht funktionieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

Sie sehen schon an diesen kurzen Beispielen, dass der ländliche Raum in NRW durch diese Landesregierung vernachlässigt wird. Weitere Punkte könnte man hier ansprechen. Denken Sie an den LEP und die Auswirkungen für kleine Ortsteile, an Mindestgrößen für Förderschulen usw. usf.

Vizepräsident Daniel Düngel: Die Redezeit, Herr Kollege.

Henning Höne (FDP): Sie haben zwar einen Staatssekretär, der für den ländlichen Raum formal zuständig ist. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Landesregierung gegenüber dem ländlichen Raum verhält wie eine alte Tante: Zum Geburtstag und zu Weihnachten bekommt der ländliche Raum viele warme Worte und nettes Streicheln, während die Metropolregion wie ein Lieblingsneffe zum Abschied noch einmal ein paar Scheinchen zugesteckt bekommt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Höne, die Redezeit.

Henning Höne (FDP): Beenden Sie diese Ungleichbehandlung! Ermöglichen Sie allen Menschen in allen Regionen Nordrhein-Westfalens faire Chancen! Unser Entschließungsantrag unterstützt Sie dabei. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal ist es traurig, wenn Erwartungen erfüllt worden sind. Herr Höne, ich hätte vorher 50 € darauf gewettet, dass Sie diese Rede hier halten, übrigens auch in dieser Qualität.

Ich möchte trotzdem so anfangen, wie Sie es auch getan haben, und zwar mit einem Dank an die Ministerien. Ich glaube, alle Ministerien waren hier tangiert.

Es wurden ungefähr 320 Fragen gestellt. Es hat 886 Seiten Antworten gegeben, und dies schon im November letzten Jahres. Sie haben also ein knappes halbes Jahr gebraucht, um die Beratung dieser Großen Anfrage hier auf die Tagesordnung zu bringen. Und dann? 15 Seiten Entschließungsantrag – 24 Stunden vor der Plenarbefassung. Man könnte sagen: 24 Stunden, okay, da kann man einiges schaffen. Aber wenn ich mich an Ihre Wehleidigkeit erinnere, wenn Vorlagen aus dem Ministerium mal zu spät kommen! Okay, geschenkt an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Wir haben allerdings überhaupt kein Problem damit, diesen Entschließungsantrag zu beraten, weil er nichts Neues gebracht hat, überhaupt nichts. Auch Ihre Rede gerade: GFG, Straßen, immer dasselbe, LEP kam natürlich auch noch vor. Völlig langweilig!

Ich muss wirklich sagen: Sie haben die Chance, hier eine ernsthafte Auseinandersetzung über den ländlichen Raum zu beginnen und auch weiterzuführen,

mit Ihrer Rede und auch mit dem Entschließungsantrag völlig vertan.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist längst im Blick von Rot-Grün.

(Zuruf von Walter Kern [CDU])

– Nun warten Sie doch mal ab! – Das erste Mal haben wir eine Passage im Koalitionsvertrag zum ländlichen Raum. Wir haben uns hier klar positioniert. Wir wissen, wo es hingehen soll, und wir setzen es sukzessive um.

Damit Sie nicht weiter rumblöken müssen, nenne ich Ihnen ein wunderbares Beispiel. Es gibt nämlich das „NRW-Programm Ländlicher Raum“, das der Minister in den letzten Tagen vorgestellt hat.

Als Erstes muss man feststellen: Durch das Engagement von Herrn Becker und Herrn Remmel gibt es jetzt deutlich mehr Geld in diesem Topf. Das ist ein großer Erfolg der Landesregierung. Ich denke, das verdient hier auch einmal ein Lob.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein gutes Beispiel in dem Programm „Ländlicher Raum“ ist das LEADER-Programm. Das LEADER-Programm ist mittlerweile sehr etabliert. Dadurch, dass wir mehr Geld haben, können wir aus zehn Regionen über 20 machen. Wir haben im LEADER-Bereich einen ganzheitlichen Ansatz. Das ist ja das, was auch Sie in Ihrem Antrag fordern. Wir sehen dort die soziale Entwicklung, die wirtschaftliche Entwicklung, den Tourismus, die Kultur, die landwirtschaftliche Produktion und die ganzen Wertschöpfungsketten zusammen. Auch der demografische Wandel ist ein Schwerpunkt.

Sie können sehen: Wir werden fast den ganzen ländlichen Raum in unserem Land zur LEADER-Region machen. Das ist ein großer Erfolg. Und das ist ein struktureller Beitrag, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus werden wir diesen Prozess durch die Gründung von Regionalagenturen auch noch verstetigen.

Was ich sehr schade finde – das ist auch der Grundtenor Ihres Entschließungsantrags –, ist, dass Sie spalten, dass Sie den ländlichen Raum gegen den städtischen Raum ausspielen wollen.

Das ist aus unserer Sicht inakzeptabel. Wir halten es an dieser Stelle lieber mit Johannes Rau, der gesagt hat: „Stadt und Land – Hand in Hand“.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Herr Höne, Sie wohnen – genau wie ich – im ländlichen Raum. Daher bin ich ein bisschen überrascht über Ihren Vortrag hier und auch über den Tenor in Ihrem Entschließungsantrag, an dem deutlich wird,

wie Sie den ländlichen Raum sehen. Ich empfinde den ländlichen Raum als stark prosperierende Region. Der ländliche Raum ist ein stolzer Teil dieses Landes. Das wird er auch bleiben.

Meines Erachtens müssen Sie davon wegkommen, diese Region schlechtzureden. Die Sonthofen-Strategie, nämlich alles so lange schlechtzureden, bis es schlecht wird, wird dem ländlichen Raum auch nicht gerecht. Im Heimatkreis von Frau Schulze Föcking und mir, im Kreis Steinfurt, gibt es 35.000 Industriearbeitsplätze, in Düsseldorf dagegen nur 32.000. Wir sind also schon eine Region, auf die man mit Recht stolz sein kann.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Sundermann, entschuldigen Sie die Störung. Kollege Höne möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie sie zulassen?

Frank Sundermann (SPD): Ich würde gerne erst zu Ende vortragen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Okay.

Frank Sundermann (SPD): Es gibt ja weitere Möglichkeiten, die Sie auch gerne nutzen können.

Zu Ihrem Entschließungsantrag möchte ich abschließend nur Folgendes sagen: Wir sehen darin im Prinzip ein Sammelsurium aller Ihrer Anträge, die Sie bisher gestellt haben. Ein bisschen etwas zum LEP haben wir gehört. Natürlich kommt auch immer das GFG zur Sprache. Der Kollege Abruszat saß doch eben neben Ihnen. Nehmen Sie doch mal eine kleine Nachhilfestunde bei ihm. Ich glaube, dass Sie das GFG nicht verstanden haben, beispielsweise die Einwohnerveredelung, aber auch die Grundsystematik des GFG. Sie werden wohl nie verstehen, wofür das GFG überhaupt da ist. Das macht aber auch gar nichts; denn Sie wollen ja nur mit diesen beiden Zahlen durchs Land gehen und finden draußen auch eine Menge Leute, die Ihnen das im Prinzip auch glauben.

Meine Damen und Herren, ich kann feststellen: Sie haben ein Sammelsurium aus Landesentwicklungsplan, GFG, Schulen, Straßen und Kriminalität sowie natürlich einer Prise Kommunalwahlkampf zusammengeschüttelt, ein Etikett draufgeklebt und nennen das Ganze „Aktionsplan für den ländlichen Raum 2030“. Das ist natürlich sehr kurz gegriffen.

Die Große Anfrage war zwar gut. Sie haben die Chance, etwas daraus zu machen, aber wirklich recht kläglich vertan. Was bleibt, ist die Dokumentation aus dem Ministerium. Das ist ein Wert an sich. Dafür gilt Ihnen auch mein Dank.

Vizepräsident Daniel Düngel: Die Redezeit, Herr Kollege.

Frank Sundermann (SPD): An dieser Stelle möchte ich so schließen, wie es bei uns im ländlichen Raum üblich ist: Glück auf! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Schulze Föcking.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Umfrage für meine Heimat, das Münsterland, hat ergeben, dass 96 % der Menschen gerne dort leben. Ich bin sicher: Wenn man diese Umfrage in einer anderen Region gemacht hätte, wäre das Ergebnis vergleichbar. Die Menschen auf dem Lande lieben ihre Heimat. Sie fühlen sich dort wohl und sind mit ihrer Region verwurzelt.

Jedoch verbinden viele Menschen mit dem ländlichen Raum noch immer bestimmte Bilder: Kühe auf saftigen Weiden, Schafe auf grünen Wiesen und Bauern, die mit dem Traktor ihre Felder bestellen. Das ist richtig, aber auch unvollständig.

Schauen Sie nach Südwestfalen! Südwestfalen ist gemessen an den Arbeitsplätzen die drittstärkste Region bundesweit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Ruhrgebiet arbeiten 30 % der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. In Südwestfalen sind es 47 %. Unsere Logistik in Deutschland und Europa wäre undenkbar ohne die Auflieger von Schmitz Cargobull aus Altenberge. Alle kennen Bertelsmann aus Gütersloh, immerhin das achtgrößte Medienunternehmen weltweit.

Der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen muss sich hinter unseren Städten definitiv nicht verstecken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber selbstverständlich gibt es im ländlichen Raum besondere Herausforderungen. Die Menschen erwarten auch zu Recht, dass man sich kümmert. Gute Internetverbindungen sind wie die Eisenbahnen des 19. Jahrhunderts oder die Autobahnen im 20. Jahrhundert: Wer nicht angebunden ist, an dem läuft die Zukunft vorbei.

Kollege Schick hat Ihnen bei seiner Rede zum Breitbandausbau am 28. März bereits konkrete Zahlen zum Ausbaustand genannt. Außerdem hat er die Äußerung eines Experten hier im Plenum noch einmal artikuliert: „In gewisser Weise ist Nordrhein-Westfalen beim Thema ‚Breitband‘ Entwicklungsland.“ Ich möchte hinzufügen: vor allem im ländli-

chen Raum. Da müssen Sie dringend handeln. Sie müssen handeln! Das zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Thema.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kollege Höne hat bereits das Fundament benannt: die kommunalen Finanzen. Ein absolutes Ungleichgewicht ist entstanden.

Zunehmend wird auch die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zur Herausforderung. Aber keine Region in unserem Land darf medizinisch unterversorgt sein. Wir müssen daher dringend und unverzüglich handeln, damit wir eine Chance haben, diese Versorgungslücken zu vermeiden.

(Beifall von der CDU)

Die Zahlen sind alarmierend. Seit 1993 hat das Durchschnittsalter der niedergelassenen Ärzte um 5,7 Jahre zugenommen. In manchen Kommunen in meinem Wahlkreis sind 60 % der Hausärzte über 60 Jahre alt.

Einen kleinen Lichtblick gibt es. Das Hausarzt-Aktionsprogramm soll – ein Segen! – fortgeführt werden. Zumindest eine unserer guten Taten überlebt also Ihre Regierungszeit.

(Beifall von der CDU)

Sie sollten an dieser Stelle ehrlich sein. Denn wer hat es gemacht? Es war Karl-Josef Laumann in seiner Zeit als Gesundheitsminister, der dieses Problem erkannt und entschlossen angegangen hat.

Jetzt muss es aber auch weitergehen. Wir brauchen beispielsweise dringend mehr Plätze in der Humanmedizinbildung. Wir als CDU haben mehrfach darauf hingewiesen: Eine medizinische Fakultät in Bielefeld ist unbedingt erforderlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine weitere bemerkenswerte Aussage der Landesregierung möchte ich Ihnen zum Schluss meiner Rede nicht vorenthalten. So gibt die Landesregierung in ihrer Antwort zu, dass wesentliche Faktoren in der Landwirtschaft durch Landespolitik nur mittelbar oder zum Teil kaum bis gar nicht beeinflusst werden können, zum Beispiel bei einigen internationalen Marktentwicklungen.

Diese Feststellung ist richtig. Es freut mich auch ausgesprochen, dass Sie sich dazu durchgerungen haben. Allerdings fehlt die Konsequenz. Denn wenn das so ist, sollten Sie die heimische Landwirtschaft stützen und ihr helfen. Stattdessen verunsichern Sie die Landwirte immer weiter mit landesinternen Auflagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie in vielen anderen Bereichen auch: Sie sehen das grundlegende Problem – und tragen sehenden Auges zur Verschärfung der Situation bei.

324 Fragen hat die Landesregierung beantwortet und dabei viel Datenmaterial geliefert. Daher danke ich allen, die bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage mitgeholfen haben.

Dringend notwendig ist es aber, dass auch die Landesregierung sich die Zahlen zu Herzen nimmt, den ländlichen Raum stützt und nicht hinten runterfallen lässt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der ländliche Raum ist eine tragende Säule unseres Landes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Für die grüne Landtagsfraktion spricht der Kollege Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute über ländliche Räume reden dürfen, ist ein Verdienst Ihrer Großen Anfrage. Daher erst einmal vielen Dank, dass Sie sie gestellt haben. Vielen Dank auch an die Ministerien, dass sie beantwortet worden ist.

Enttäuscht war ich allerdings in hohem Maße darüber, dass Sie ein halbes Jahr gebraucht haben, um die Antwort hier zur Debatte zu stellen. Zwischenzeitlich haben wir schon überlegt: Müssen wir das vielleicht selbst beantragen, damit das im Plenum beraten werden kann? Haben Sie gar kein Interesse mehr an Ihrer Großen Anfrage und der Antwort darauf? Das war schon einigermaßen enttäuschend.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Da kommt ein bisschen der Verdacht auf, Herr Höne, dass das Ganze am Ende nur dazu dienen soll, kurz vor der Kommunalwahl ein bisschen Radau zu machen, ein bisschen durchs Land zu ziehen und eine Spaltung ländlicher Raum versus Stadt vorzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist alles andere als richtig, das ist vollkommen falsch. Wir alle sollten uns davor hüten, hier immer wieder Gegensätze zu produzieren.

Als Sie uns dann noch gestern Nachmittag um 15 Uhr einen Entschließungsantrag von 15 Seiten auf den Tisch gelegt haben, habe ich mich endgültig gefragt, was das Ganze soll: ob Sie wirklich ernsthaft mit uns über ländliche Räume reden wollen oder sich nur selbst produzieren und in der Presse vorkommen wollen.

Ihrem Entschließungsantrag kann man immerhin entnehmen – dafür war er gut –, dass Sie ein verzerrtes Bild vom ländlichen Raum haben. Sie mixen

alles Mögliche durcheinander. Sie rühren ein bisschen Schulpolitik und ein bisschen GFG rein. Sie erwähnen die sogenannte moderne Landwirtschaft, die nicht behindert werden darf. Dann wird ein bisschen Breitband erwähnt. Zum Schluss – das fand ich noch am Allerbesten – wird das Ganze mit einem Schuss Kriminalität garniert; das darf an der Stelle nicht fehlen.

Ich kann Ihnen sagen: Dieser Entschließungsantrag ist aus meiner Sicht kein ernstzunehmender Beitrag, wenn es darum geht, über die Zukunft der ländlichen Räume zu diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Entscheidend für die Zukunft ländlicher Räume wird es sein – ich glaube, da sind wir uns alle einig –, ob die Regionen für junge Menschen attraktiv sind. Dazu gehört natürlich die Frage: Sind ausreichend Arbeitsplätze vorhanden? Dazu gehört aber noch mehr. Denn die Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und den Städten gibt es in dem Sinne doch gar nicht mehr. Die Menschen sind sich in ihren Bedürfnissen sehr ähnlich. Sie wollen kulturelle Angebote und auch Internetangebote wahrnehmen. Daher ist es gut, wenn wir aufhören, künstlich irgendwelche Gegensätze aufzubauen.

Das gilt ganz besonders – das ist auch von den anderen erwähnt worden – für Breitbandverbindungen, die wir im ländlichen Raum brauchen. Die brauchen wir auch für die Menschen im Privaten und nicht nur für die Wirtschaftsunternehmen. Sie benötigen die auch. Aber das Angebot muss für alle im ländlichen Raum zur Verfügung stehen, man muss es auch privat nutzen können.

Deshalb – das will ich an der Stelle ausdrücklich sagen – möchte ich mich bei dem Minister und bei dem Staatssekretär bedanken. Auf der letzten Agrarministerkonferenz in Cottbus haben die Agrarminister nämlich noch einmal deutlich gemacht, dass die Breitbandverbindungen im ländlichen Raum auszubauen sind, dass wir dort deutlich mehr Mittel in die Hand nehmen müssen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Rüße, entschuldigen Sie die Störung. Der Kollege Höne möchte auch Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die zulassen?

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, gerne. Dann kann ich ein bisschen Wasser trinken.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das so. – Herr Kollege Höne, Sie haben das Wort.

Henning Höne (FDP): Prost, Herr Kollege Rüße, und vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Für Sie immer!)

Herr Kollege Rüste, Sie haben gerade gesagt: Wichtig ist, dass der ländliche Raum attraktiv ist, insbesondere für junge Menschen, für junge Familien. – Der Kollege Sundermann sagte eben, es ginge um prosperierende Regionen. Inwiefern kann denn der ländliche Raum weiterhin für Zuzügler, für junge Menschen attraktiv sein und prosperieren, wenn jetzt über den neuen LEP kleinen Ortsteilen jegliche Entwicklungsmöglichkeit genommen werden soll?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Norwich Rüste (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Höne. Ihre Frage zeigt auf, dass Sie ein Bild von ländlichen Räumen haben, das der Vergangenheit angehört. Sie selbst sagen: Wir wollen uns auf das Jahr 2030 ausrichten. – Den demografischen Wandel haben Sie doch lang und breit thematisiert. Was für einen Sinn macht es, wenn wir in Ortsteilen, von denen wir wissen, dass sie stagnieren, vielleicht sogar zurückgehen werden, weil die Demografie einfach so ist, wie sie ist,

(Zuruf von der CDU)

weiter Ackerflächen verbrauchen, anstatt uns auf Flächen zu konzentrieren, die tatsächlich zur Verfügung stehen, und Flächenrecycling zu machen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es sind hinreichend Möglichkeiten vorhanden, auch in Zukunft Orte weiterzuentwickeln. Es ist eine Phantomdebatte, die Sie rund um den LEP entfachen wollen. Das zieht doch überhaupt nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie insgesamt ein etwas verzerrtes, merkwürdiges Bild vom ländlichen Raum haben, das zeigt auch die Debatte um die Infrastruktur. Breitband haben Sie erwähnt. Dann fällt Ihnen nur noch eine andere Sache ein, und das ist der Straßenausbau. Das, was Sie da machen, ist 1970 pur. Heute gehört ein bisschen mehr dazu.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Wenn es nach vorne gehen soll, dann müssen wir auch über ÖPNV-Angebote reden. Junge Menschen – Sie haben es in Ihrer Zwischenfrage gerade selbst gesagt – halten Sie dann im ländlichen Raum – das kann ich als Vater einer 18- und einer zwölfjährigen Tochter sagen –, wenn es dort das Angebot gibt, dass sie schon als Jugendliche die nächste Großstadt erreichen können. Dann haben sie nicht schon mit 14 den Eindruck: Oh Gott, hier ist ja alles verloren, hier kommt man gar nicht weg. – Dann ziehen sie zum Studium natürlich weg und kommen vor allem nicht mehr zurück.

Wir brauchen moderne Angebote für die Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir brauchen ein gutes ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum. Und wir brauchen natürlich auch ein gutes Radverkehrsnetz im ländlichen Raum. Das ist moderne Mobilitätspolitik. Und dafür steht die Landesregierung. Sie leider nicht!

Bei der Raumplanung – darüber haben wir schon kurz gesprochen – verweigern Sie sich der demografischen Entwicklung absolut. Das ist gar nichts, was Sie dazu geschrieben haben. Jetzt reiten Sie auf den kleinen Ortsteilen herum. Machen Sie sich mal ein bisschen fit für die Zukunft. So geht es ganz sicher nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und Jochen Ott [SPD])

Im ländlichen Raum haben wir, Herr Höne – der Umweltminister hat es immer wieder erwähnt –, was die Artenvielfalt und die Natur angeht, erhebliche Verluste. Darüber reden Sie gar nicht. Nein, die moderne Landwirtschaft muss vorangebracht werden. Mit einer intakten Natur können die ländlichen Räume aber doch punkten. Familien mit kleinen Kindern ziehen doch in die Kleinstädte, weil ihre Kinder dort Möglichkeiten haben, zu spielen, weil die Natur intakt ist. – Das setzen Sie aufs Spiel, wenn die Entwicklung so weitergeht wie im Moment.

Sie thematisieren lieber Diskriminierung und Gängelung Ihrer modernen Landwirtschaft. Darum geht es doch gar nicht. Ich spreche mit vielen Menschen im ländlichen Raum, die froh waren, als der Landesminister den Filtererlass zugesagt hat, weil sie dann nicht mehr durch Gerüche aus Großmastanlagen belastet werden, weil es eine Möglichkeit gibt, das Ganze halbwegs erträglich zu gestalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Ihre Redezeit, Herr Kollege Rüste.

Norwich Rüste (GRÜNE): Ja, vielen Dank. Ich komme zum Schluss.

Noch einmal betonen will ich – was Sie gemacht haben –: Einen Gegensatz zwischen Stadt und Land aufzubauen ist völlig falsch. Es gibt nicht den ländlichen Raum. Es sind ländliche Räume. Es gibt nicht die ländlichen Räume, die hinten anstehen müssen. Wir haben städtische Regionen mit Problemen. Wir haben ländliche Räume, die prosperieren. Wir haben es aber auch genau umgekehrt. Für alle diese Räume hat diese Landesregierung und haben die beiden Koalitionsfraktionen gute Wege aufgezeigt, wie man weitergehen kann.

Deshalb können wir Ihren Entschließungsantrag nur ablehnen. Den braucht niemand. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Liebe Menschen auch aus den Kreisen Olpe, Herford, Kleve, Heinsberg, Borken und allen anderen eher ländlich geprägten Gebieten Nordrhein-Westfalens! Auch ich möchte mich den zahlreichen Danksagungen meiner Vorredner anschließen. Wir haben mit der Beantwortung der Großen Anfrage einen umfangreichen Almanach erhalten. Ich denke, man wird in den nächsten Monaten immer wieder gerne in den Statistiken nachschlagen, um Dinge zu erforschen.

Auf diesen 866 Seiten geht die Regierung auf die Situation in den ländlichen Gebieten und ihre Ideen ein und darauf, wie diese Gebiete besonders gefördert werden können. Die Probleme liegen ja auf der Hand. Die Bevölkerung gerade im ländlichen Raum – ich finde, Herr Rüße, es gibt den ländlichen Raum noch – überaltert immer weiter. Junge Menschen ziehen auf der Suche nach Jobs weg in die Städte. Auch die Geburtenraten gehen stark zurück. So steigt der Altersdurchschnitt in diesen Gebieten immer weiter an. Gleichzeitig wird der Ärztemangel in ebendiesen Gebieten immer signifikanter. So ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis der Bedarf an ärztlicher Versorgung dort nicht mehr gedeckt werden kann.

Natürlich gehen Sie in Ihrer Antwort nicht nur auf die Probleme ein, sondern machen auch einen auf den ersten Blick sehr einleuchtenden Vorschlag: Der ländliche Raum muss attraktiver werden – attraktiver für Gewerbe, Industrie, junge Menschen, Familien, Ärzte, Pflegeeinrichtungen und natürlich auch für den Tourismus.

Bei dem Ganzen gibt es nur ein Problem: Alles davon geht nicht. Je attraktiver das Land für Industrie und Gewerbe ist, desto weniger attraktiv ist es für den Tourismus. Aber natürlich haben Sie insgesamt recht: Der ländliche Raum muss für die Menschen attraktiver werden.

Die Arbeit in der Landwirtschaft muss attraktiver werden, zum Beispiel dadurch, dass Angestellte in der Landwirtschaft von ihrer Arbeit eine Familie ernähren können. Erreichen könnte man das beispielsweise dadurch, dass Agrarsubventionen nicht nur an die Erträge, sondern auch an die Nachhaltigkeit, die Zahl und die Qualität der Arbeitsplätze gekoppelt werden.

Das Leben auf dem Land muss attraktiver werden. Niemand möchte neben gigantischen Güllelagern leben und jeden Tag die Ausdünstung quasi auf der Zunge spüren. Hier muss dringend gehandelt werden.

Die Arbeit in der Medizin muss attraktiver werden. Leider ist es im ländlichen Raum kaum noch möglich, eine Landarztpraxis so zu betreiben, dass es auch wirtschaftlich interessant ist. Ärzte studieren mindestens sechs Jahre, dann kommt die Facharztausbildung. Warum sollte sich einer dieser Menschen den Job als Landarzt unter diesen Bedingungen antun?

Der Tourismus muss attraktiver werden. Der ländliche Raum heute hat nichts mehr mit dem ländlichen Raum zu tun, den die Menschen jahrzehntlang für ihren Urlaub nutzten. Früher hieß das „Urlaub auf dem Bauernhof“. Das heutige Pendant wäre „Urlaub im Mastbetrieb“ oder „Urlaub in der Fleischfabrik“ oder eben auch „Urlaub in der Biodieselfabrik“.

(Beifall von den PIRATEN)

Das kulturelle Angebot im ländlichen Raum muss attraktiver werden. Wenn Theater und große Kinos aufgrund der Struktur nicht rentabel sind, dann muss man sich die Kultur ins Wohnzimmer holen können. Dafür braucht es ein stabiles Breitbandnetz. Das Thema hatten wir gerade schon. Ich muss sagen: Deutschland ist immer noch ein informationelles Entwicklungsland. Jetzt gibt es die 60 Millionen aus dem „NRW-Programm Ländlicher Raum 2014–2020“. Die sind sicherlich ein Anfang. Aber wir wissen alle: Sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, Erhöhung von Greening-Quoten, Ausbau des Breitbandnetzes, weniger Emissionen, faire Löhne und gute Infrastruktur – das ist für uns ein ländlicher Raum 2.0. Zumindest wir Piraten würden da gerne leben oder Urlaub machen.

Zu Ihrem Entschließungsantrag ist zu sagen: Das ist ein Kessel Buntes, eine Wunschliste, ein großer Rundumschlag. Ich finde das mit der Kriminalität am Schluss auch ein bisschen merkwürdig.

Was mir fehlt, ist – im Gegensatz zu dem NRW-Programm, das Minister Rimmel jetzt vorgeschlagen hat – mehr Ökologie, mehr Nachhaltigkeit in der Wunschliste. Ich finde dort nur Schule, Familie und Bildung. Das ist mir persönlich zu wenig. Es stehen ein paar interessante Sachen drin. Aber insgesamt werden wir uns bei Ihrem Entschließungsantrag enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme den Dank sehr gerne entgegen und gebe ihn auch an die Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter weiter, weil das sicherlich eine zusätzliche Belastung ist, eine solche Anfrage so umfassend zu beantworten.

Aber ich bin auch ein bisschen enttäuscht, weil die Gelegenheit, aus diesen Materialien mehr zu machen – in Form einer Debatte, die uns vielleicht näher zusammenbringt und gemeinsam nach vorne bringt –, leider von Ihnen nicht genutzt worden ist. Sie sind der Versuchung erlegen, das Wasser auf die kleinen Mühlen der Tagespolitik zu leiten, über die wir sowieso schon diskutieren – beim Straßenbau, bei den Kommunalfinzen –, obwohl es doch eher angesagt wäre, noch mal zu überlegen: Wo sind Ansätze, wo wir vielleicht gemeinsam etwas tun können? Ich glaube, es ist wichtig, wenn man über die Politik für ländliche Räume spricht, sich am Anfang auf Gemeinsamkeiten zu verständigen. Man kann in der Sache auseinanderliegen, aber eine Grundlinie sollte man gemeinsam zu erreichen versuchen.

Es fängt schon damit an, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen darüber einigen, wie wir denn ländlichen Raum und ländliche Räume definieren. Denn den ländlichen Raum, wie er klassischerweise in der Raumordnung definiert wird, nämlich bezogen auf die Einwohnerdichte, gibt es quasi nicht in Nordrhein-Westfalen – wenn man vielleicht vom Kreis Höxter oder Teilen des Hochsauerlandkreises absieht.

Wir haben also andere ländliche Räume, und zwar in einer Vielfalt, und mit dieser Vielfalt müssen wir politisch arbeiten, sie aufgreifen, und die Stärken, die vorhanden sind, unterstützen. Da gibt es eine Menge Stärken. Doch dafür muss man wissen, wüber man redet.

Ich glaube, wir reden, wenn wir über ländliche Räume reden, vor allem über Industrieregionen im Grünen. Frau Schulze Föcking hat es an den Zahlen dargestellt. Wir haben in der Tat prosperierende ländliche Räume, die vor allem aus ihrer mittelständischen Prägung leben und auch in Krisenzeiten gezeigt haben, wie tragfähig diese Strukturen sind.

Gerade die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen sind, was Arbeitslosenzahlen, Wirtschaftskraft, Innovation angeht, in der Prosperität mindestens auf dem Niveau von Bayern und Baden-Württemberg. Der politische Auftrag muss sein, das weiterzuentwickeln.

Zum Zweiten finde ich, dass wir gemeinsam auch darum ringen sollten, in der Sprache darauf zu achten, keine Defizitargumentation zu führen. Die ländlichen Räume sind nicht defizitär – deshalb müssen wir auch keine „aufholende Politik“ betreiben –, sondern dort gibt es explizite Stärken. Unser Auftrag muss es sein, diese Stärken zu stärken und weiterzuentwickeln, ohne die Problemlagen, die jede Region des Landes auf die eine oder andere Weise hat, zu negieren.

Deshalb würde ich gerne an dem Punkt der Gemeinsamkeiten weitermachen, wenn es darum geht, ein gemeinsames Bild zu entwickeln. Wenn wir uns die Ergebnisse anschauen, gibt es auch etwas Positives, das meiner Meinung nach in dieser Legislaturperiode schon die größte Leistung für den ländlichen Raum ist. Wir haben einen Schulkonsens, und wenn man auf die Karte schaut – ich habe sie noch einmal mitgebracht –,

(Minister Remmel hält eine Karte hoch.)

dann ist es die größte Leistung für den ländlichen Raum,

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

schulformübergreifende Angebote vor allem im ländlichen Raum aufrechtzuerhalten und damit die Ausbildung und die Bildung für unsere Kinder auch in Zukunft möglich zu machen.

Es ist eine große gemeinsame Leistung. Daran wird eines deutlich: Wenn wir es gemeinsam machen, wird etwas Positives daraus, und dann wird der Spruch „Die Zukunft kommt vom ländlichen Raum“ Wahrheit. Denn das, was dort entwickelt worden ist als Antwort auf den demografischen Wandel, auf die Anforderungen der Familien, möglichst alle Schulformen gemeinsam zu haben, müsste uns auch in anderen Politikbereichen leiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb bin ich dankbar für die Unterstützung, den Ansatz der Strukturentwicklung von unten zu unterstützen. Das ist Kern der europäischen Strukturpolitik, und deshalb haben wir die Möglichkeit, die wir mit dem neuen europäischen Programm haben, gerade im Bereich der LEADER-Regionen einen Ausbau vorzunehmen. Denn gerade diese LEADER-Regionen zeigen, dass dort, wo Stärken vor Ort sind, wo eine Gemeinschaft zwischen Kommunen entsteht, etwas Neues entsteht. Da wird regionale Strukturpolitik betrieben, und die Menschen arbeiten daran mit.

Wir müssen die Selbstheilungskräfte aktivieren. Diese sind gerade in Zeiten, in denen wir Schwierigkeiten des demografischen Wandels haben, entscheidend, um Strukturen aufrechtzuerhalten und zukünftig vielleicht neue, angepasste Strukturen im Bereich der Mobilität, im Bereich der Ver- und Entsorgung zu entwickeln. Alles das steht auf der Tagesordnung. Es geht aber auch um die Frage, wie wir die Kulturlandschaften, die dauerhaft prägend sind für unsere ländlichen Räume, auch in Zukunft unseren Kindern und Kindeskindern überreichen können.

Insofern ist es ein Arbeitsprogramm. Mir wäre noch wichtig, am Ende zu betonen, dass wir heute am Anfang stehen und möglichst gemeinsam versuchen sollten, wie wir die zukünftigen Fragen klären. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister, wenn Sie noch kurz am Rednerpult bleiben würden. Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Höne, die ich gern zulassen würde. – Herr Höne, Sie haben 90 Sekunden Zeit. Bitte schön.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Remmel, es ist sicherlich so, dass sich Politik oftmals an den Differenzen aufreißt und dann zu wenig über Gemeinsamkeiten gesprochen wird. Sicherlich gibt es die Gemeinsamkeiten an dieser Stelle. Ich habe es jedoch bislang im Ausschuss so erlebt, dass, wenn es Gemeinsamkeiten gab, wir das auch so vertont haben. Ich denke an den Punkt der Landwirtschaftsförderung – Herr Kollege Sundermann hat das eben angesprochen –, wovon durch die letzten Kompromisse insbesondere nordrhein-westfälische Betriebe profitieren. Insofern will ich es an dieser Stelle in diese Richtung unterstützen bzw. wiederholen.

Was ich auch noch wichtig finde – einfach einmal als Aspekt hineingeworfen –: Ich gebe Ihnen ein Beispiel, warum viele kommunalpolitisch aktive Menschen im ländlichen Raum der Meinung sind, dass sie nicht immer gleichberechtigt mit den Metropolregionen laufen. Das ist das Thema „KlimaExpo“. Ich habe es noch vor 14 Tagen bei mir im Kreistag diskutiert. Das war ein Programm, das ursprünglich nur im Ruhrgebiet verortet werden sollte. Mittlerweile ist es für weitere Regionen geöffnet worden, jedoch erst nach entsprechenden Eingaben, nach entsprechender Kritik.

Herr Minister, solange solche Programme, solche Ideen, die Fortschritt und Innovation bringen können und sollen, zunächst nur an einzelnen Regionen festgemacht werden und nicht offen sind für alle Regionen, können Sie es den Menschen nicht übel nehmen, dass sie das Gefühl haben, dass es vonseiten der Landesregierung Unterschiede in der Bewertung zwischen den Metropolregionen und dem ländlichen Raum gibt.

(Unruhe)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister Remmel, bevor Sie antworten, darf ich das Hohe Haus um ein bisschen mehr Ruhe bitten. – Herr Minister Remmel hat das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ein grundsätzliches Problem an dieser Stelle ist offensichtlich, dass Sie die Dinge nicht richtig gelesen haben oder bewusst falsch lesen wollten. Es gab nie eine Vorstellung, die KlimaExpo auf einen Raum zu beschränken. Das steht weder im Koalitionsvertrag noch in den Beschlüssen, die der Landtag oder

die Landesregierung dazu gefasst hat. Aber Sie nutzen es vor Ort, um damit Politik zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die KlimaExpo ist ein Angebot an alle Ausstellungsorte im Land, sich in jeder Region in dieses gemeinsame Werk einzubringen. Bitte, reden Sie es nicht klein. Wir haben auch da eine gemeinsame Aufgabe, Nordrhein-Westfalen ins Schaufenster zu stellen und zu zeigen, was wir im Bereich Klimaschutz heute schon machen.

Da sind es insbesondere die ländlichen Regionen, die heute vorangehen. Das, was im Kreis Steinfurt läuft, ist beispielhaft für viele andere Regionen. Ich würde mir wünschen, Sie würden es mit einer ähnlichen Absicht im Land breit unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich darf das Hohe Haus darüber informieren, dass der Minister seine Redezeit um etwa eine Minute überzogen hat. Aber auch die Fraktionen sind zum Teil recht großzügig mit Ihren Zeitkontingenten umgegangen. Ich sehe allerdings keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Ich darf feststellen, dass die **Große Anfrage 5** der FDP-Fraktion damit **erledigt** ist und wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/5532 kommen. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist gegen den Entschließungsantrag? – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion und die Piratenfraktion enthalten sich. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 16/5532 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

6 Gesetz zur Weiterentwicklung der Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung schulgesetzlicher Vorschriften (10. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4807

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Drucksache 16/5493

zweite Lesung

In Verbindung mit: